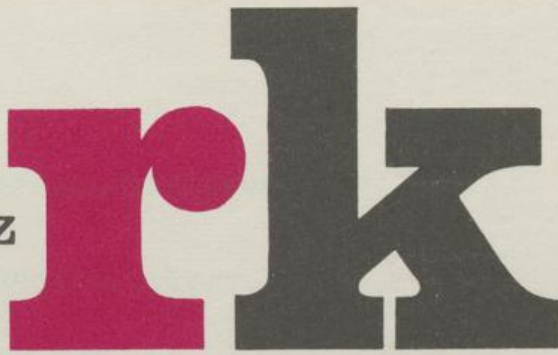


# rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Freitag, 10. Dezember 1982

Blatt 3655

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:           Wiener Landtag  
 (rosa)                Wiener Gemeinderat  
                           Gratz: Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden  
                           Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters  
                           Rathaus-Buch präsentiert  
                           Neue Pressereferenten für Veleta und Wurzer  
                           Wien gibt Heizkostenzuschüsse

Nur  
 über FS:            In Straßenbahn gelaufen  
                           Preise aus der Leopold-Gratz-Stiftung

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

3       Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 14. Dezember, findet um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien das wöchentliche Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ statt. Bürgermeister Gratz wird dabei eine Bilanz der Arbeit der Stadtverwaltung im Jahre 1982 vorlegen. (Schluß)   sti/gg

NNNN

Rathaus-Buch präsentiert (1)

=++++

5 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ präsentierte am Donnerstag im Rathaus das "Wiener Rathausbuch", das vom Verlag Jugend und Volk anlässlich des 100-Jahr-Jubiläus des Rathauses im kommenden Jahr herausgegeben wurde. Der umfassende Fototeil stammt von Erich LESSING, die Textbeiträge von Felix CZEIKE, Ulrike PLANNER-STEINER und Karlheinz ROSCHITZ. Das Buch kostet 498 Schilling.#

Verlagsdirektor Alfred JELINEK verwies bei der Begrüßung darauf, daß es im Rathaus zahlreiche architektonische und kunsthandwerkliche Besonderheiten gibt, die nicht nur von den Besuchern, sondern auch von hier Arbeitenden oft übersehen werden. Das Buch macht darauf aufmerksam.

Bürgermeister Leopold GRATZ nannte das Rathaus ein Beispiel dafür, daß Stadtpolitiker oft Entscheidungen treffen müssen, die weit über ihre eigenen Lebenszeit hinaus das Bild der Stadt und das tägliche Leben der Menschen beeinflussen. Als der Bau des Rathauses beschlossen wurde, war ein junger Abgeordneter namens Dr. Karl LUEGER leidenschaftlich dagegen - weil damals das Stadtbudget um 50 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen vorsah und der Rathausbau eine Belastung künftiger Generationen darstellte. Derselbe Lueger traf später als Bürgermeister ebenfalls Entscheidungen zu Lasten künftiger Generationen, vor allem für die Wasserversorgung und andere Investitionen der Infrastruktur. "Das gibt uns Mut zu heutigen Entscheidungen," sagte Gratz, "auch wenn sie künftige Generationen belasten und Saurier genannt werden." Gratz dankte dem Verlag und den Autoren für das schöne Buch. (Forts.) sti/ko

NNNN

Rathaus-Buch präsentiert (2)

=++++

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bei der Präsentation des neuen Rathaus-Buches schilderte der Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE namens der Autoren die heftigen politischen Auseinandersetzungen um den Bau des neuen Rathauses. Nur mit viel diplomatischem Geschick gelang es Cajetan Felder, den Bau in der jetzigen Form und auf dem jetzigen Platz durchzusetzen. Der Kostenvoranschlag hatte auf 6 Millionen Gulden gelaftet, die tatsächlichen Kosten waren 14 Millionen Gulden - und dies bei einem Jahresbudget der Stadt Wien von 11 Millionen Gulden.

"Heute sind wir der damaligen Stadtverwaltung für ihre kühne Entscheidung dankbar", sagte Bürgermeister Gratz.

An der Präsentation haben u. a. Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Landtagspräsident Hubert PFOCH, die Stadträte Ing. Fritz HOFMANN, Dr. Helmut ZILK und Dr. Günther GOLLER, Klubobmann Erwin HIRNSCHALL, sowie zahlreiche Abgeordnete, Verleger, Buchhändler und Autoren teilgenommen. (Schluß) sti/gg

NNNN

10. Dezember 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3659

Neue Pressereferenten für Veleta und Wurzer

=++++

7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL)

Geehrte Redaktion!

.....

Der bisherige Pressereferent von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER, Redakteur Richard ANDRASCHKO (Klappe 3999), hat die Pressebetreuung von Stadtrat Josef VELETA und der Geschäftsgruppe Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz übernommen. Als neuer Pressereferent des Planungsstadtrates Dr. Wurzer und seiner Geschäftsgruppe fungiert ab sofort Redakteur Dr. Heinz SCIO (Klappe 4169).

Presse- und Informationsdienst  
der Stadt Wien

(Schluß) red/gg

NNNN

Wien gibt Heizkostenzuschüsse

=++++

8 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Land Wien wird in einer gemeinsamen Aktion mit dem Bund für diesen Winter einen Heizkostenzuschuß in der Höhe von 500 Schilling gewähren, erklärte Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Den Zuschuß können Bezieher von Ausgleichszulagen (Dauersozialhilfebezieher), von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bekommen. Das Einkommen muß in Höhe der Richtsätze der Ausgleichszulagen liegen (1983 für Alleinstehende 4.078 Schilling, für Ehepaar 5.839 Schilling netto nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages).#

Wer durch hohe Heizkosten in eine Notlage geraten ist, muß zwischen 3. und 31. Jänner 1983 beim Bezirkssozialreferat einen Antrag auf den Zuschuß stellen. Mitzubringen sind der Meldezettel, der Pensionsabschnitt oder ein sonstigen Einkommensnachweis. Die Auszahlung des einmaligen Zuschusses von 500 S erfolgt im Februar 1983. Von der Aktion ausgeschlossen sind Empfänger von Geldaushilfen, weil diese ohnehin eine Heizbeihilfe durch die MA 12 erhalten. Personen, die eine Dauerleistung der Sozialhilfe bekommen, können jedoch einen Antrag stellen. (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Wahlen

=++++

9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPö) trat der Landtag Freitag zu seiner 32. Sitzung zusammen.

Die Mitglieder des Bundesrates MATZENAUER, KARNY und Elisabeth DITTRICH sowie die Ersatzmitglieder Reg. Rat. STODOLA, LABg. GAWLIK und LABg. Prof. Dipl.-Vw. Karoline PLUSKAL haben ihre Mandate zurückgelegt. An die neunte Stelle der vom Wiener Landtag zu wählenden Bundesratsmitglieder wurde LABg. Elisabeth DITTRICH und Prof. Dipl.-Vw. Karoline PLUSKAL (Ersatzmitglied) gewählt; für die zehnte Stelle wurde Norbert TMEJ als Mitglied und Reg. Rat Franz STODOLA als Ersatzmitglied gewählt. Für die zwölfte Stelle wurde Walter STRUTZENBERGER als Mitglied und LABg. Franz GAWLIK als Ersatzmitglied gewählt. (Die Zurücklegung erfolgt von KARNY und GAWLIK per 31. Dezember 1982, von MATZENAUER, DITTRICH, STODOLA und PLUSKAL per 10. Jänner 1983. Entsprechend werden die Neuwahlen wirksam).

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit (SPö und ÖVP) angenommen.  
(Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Veranstaltungsgesetz

=++++

10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Prof. Dr. ZILK (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes. Er berichtete darüber, daß eine Konzessionspflicht für Spielapparate bereits im Theatergesetz 1930 bestand. In der Folge bestand immer wieder das Bestreben, diese Art von Glücksspiel in der Öffentlichkeit zu legalisieren, statt es in den Untergrund zu verdrängen. In der Vergnügungssteuergesetznovelle 1981 wurde eine erhebliche Abschöpfung des Gewinnes durch eine Monatsabgabe vorgeschrieben. Im April 1981 fand eine Enquete aller Betroffenen zu diesem Problemkreis statt. In der Folge konnte jedoch keine Einstimmigkeit zur Neuregelung dieser Materie erzielt werden - deshalb wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die nun vorliegende Novelle erarbeitete. Darin wird der Spielanreiz durch eine Begrenzung des Münzeinwurfs auf fünf Schilling und des Gewinns auf maximal 100 Schilling verringert. Überdies wird ein Schutzkreis festgelegt, in dem keine neuen Geräte aufgestellt und keine bestehenden Konzessionen verlängert werden dürfen. Dieser Schutzkreis gilt in der Umgebung von Schulen und Jugendeinrichtungen.

Labg. STRANGL (SPÖ) brachte einen DREIPARTEIEN-ÄNDERUNGSANTRAG ein, wonach dieser Schutzkreis an der Gehsteiglänge gemessen wird und 150 Meter von den Ein- und Ausgängen der Schulen und Jugendeinrichtungen entfernt verläuft (Im ursprünglichen Entwurf war ein Radius von 100 Meter vorgesehen gewesen) und die Aufstellung in Schulen und Jugendeinrichtungen untersagt wird. Weiter wird ein Bonus über fünf Freispiele ausgeschlossen. Weitere Bestimmungen betreffen die Voraussetzungen für Konzessionsverleihungen und -verlängerungen.

StR. Zilk sagte in seinem Schlußwort, entsprechende Bestimmungen seien in die Novelle des Gesetzes deshalb aufgenommen worden, weil auch von einer Schule ein Antrag zur Aufstellung von derartigen Automaten eingebracht wurde.

ABSTIMMUNG: Der Änderungsantrag wurde einstimmig, die Novelle des Gesetzes in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

(Forts.) and/bs



Wiener Landtag (3)

Utl.: Vergnügungssteuergesetz

=++++

11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Vergnügungssteuergesetz. Die wesentlichen Punkte sind eine Mehrbesteuerung der Spielautomaten von 1.000 auf 1.200 Schilling und von 10.000 auf 12.000 Schilling, kleinere Veranstaltungen sollen unter anderem einheitlich mit 10 Prozent besteuert werden. Dies bedeutet in der Praxis die Herabsetzung der Steuern von Bällen und kleineren Veranstaltungen, die bisher 25 Prozent ausmachten. Konzerte, bei denen keine Sesselreihen aufgestellt werden, wie zum Beispiel bei Popfestivals sollen in Zukunft steuerfrei sein. Die Novellierung des Gesetzes wird einen Mehrertrag der vergnügungssteuer um 40 Millionen Schilling bringen.

LAbg. SCHNEIDER (ÖVP) kritisierte, daß die Steuer für Spielautomaten nur schwer überprüft werden könne. Oft müssen Gastwirte als Letzthaftende für die Automatenbesitzer die Steuer bezahlen. Der Vorschlag eines Monatspickerls bei Automaten kann aus organisatorischen Gründen nicht durchgeführt werden. Wien sei die einzige Stadt, in der eine doppelte Vergnügungssteuer, nämlich die Kartensteuer und die Konsumationssteuer eingehoben wird. LAbg. Schneider stellte den ANTRAG auf Wegfall der Konsumationssteuer. Außerdem sollen die alten Ringelspiele im Prater von der Steuer befreit werden. Die lokalhistorische Bedeutung dieser Ringelspiele, wie zum Beispiel der Hochschaubahn, soll von einer Kommission festgesetzt werden. Theater und Konzertveranstaltungen, die nicht nur vor geschlossenen Stuhlreihen, sondern auch vor Tischen und mit Konsumation durchgeführt werden, sowie Marionettentheater sollen ebenfalls nicht mehr steuerpflichtig sein. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Vergnügungssteuergesetz

=++++

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR stellte fest, daß in dem ÖVP-Antrag gute Anregungen enthalten sind, über die jedoch noch diskutiert werden soll, um eventuelle Rechtsunsicherheiten auszuschließen. Der Stadtrat schlug vor, den Beschlußantrag der ÖVP in einen Resolutionsantrag umzuwandeln und der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik zuzuweisen.

ABSTIMMUNG: Die Novellierung der Vergnügungssteuer wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen. (Schluß) ba/gg

--- Ende der Sitzung des Wiener Landtages ---

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates am Freitag wurde mit der Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1983 aufgenommen. Eingangs der Sitzung erteilte der Vorsitzende GR. MAYRHOFER an GR. NEUMANN (ÖVP) einen Ordnungsruf für die Bezeichnung "demagogischer Politschauspieler", mit der dieser am Donnerstag ein anderes Mitglied des Gemeinderates bezeichnet hatte.

In seinem einleitenden Referat zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke im Jahr 1983 sagte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß einem Geldbedarf von rund 22,9 Milliarden eine Geldabdeckung von 20,9 Milliarden gegenübersteht. Bei Investitionssperren von 411 Millionen werden die Stadtwerke 1,6 Milliarden an Fremdkapital aufnehmen müssen, was um 797 Millionen unter dem Wert für 1982 liegt. Damit wird die Neuverschuldung der Stadtwerke 1983 unter der Tilgung liegen, wodurch der Gesamtstand der Schulden erstmals seit vielen Jahren einen Abbau erfahren wird.

HOFMANN führte weiter aus, daß die Gaswerke dank der Unterdeckung beim Gaspreis mit einem Verlust von 300 Millionen zu rechnen haben, der durch einen gleich hohen Gewinn bei den E-Werken aufgehoben wird. In diesem Bereich wird eine Erweiterung des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau untersucht, mit der eine zusätzliche Stromerzeugung durch eine nachgeschaltete Dampfturbine bei gleichzeitiger Abwärmeverwertung ermöglicht werden soll. Diese Maßnahme wird ebenso im Sinne des Umweltschutzes liegen, wie die Tatsache, daß die E-Werke für das Jahr 1983 eine Erhöhung des Erdgaseinsatzes um 150 Millionen Kubikmeter planen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

4 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Als erfreulich bezeichnete HOFMANN das Steigen der Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe um 10 Millionen auf rund 529 Millionen. Das gewachsenen U-Bahnnetz hat dazu ebenso beigetragen wie das geänderte Tarifsysteem und die erhöhte Sparsamkeit der Bevölkerung.

Die Wiener Stadtwerke benötigen im kommenden Jahr rund 2,6 Milliarden für Investitionen, von denen auf die E-Werke 1,7 Milliarden, 202 Millionen auf die Gaswerke und 655 Millionen auf die Verkehrsbetriebe sowie 31 Millionen auf die Bestattung entfallen. HOFMANN bezeichnete diese Investitionen als wichtige Impulse für die Wirtschaft.

Generell nannte HOFMANN den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sowie eines leistungsfähigen Hauptstraßennetzes und konkrete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung als wesentlichste Kriterien der Wiener Verkehrspolitik. Er wies auf den kommenden Bau der U 3 und der U 6 hin und nannte als baldige Verbesserungen die Anbindung von Autobuslinien im 13. und 14. Bezirk an die U 4 und die Beschleunigung der Straßenbahnlinien 71, 2 und 62 sowie der Autobuslinie 48 A im kommenden Jahr. Im Bereich des Individualverkehrs werden die Öffnung des Knotens Nordbrücke und der Rossauer Brücke 1983 wesentliche Verbesserungen bringen. Die Flughafenautobahn wird bereits heuer am 17. Dezember eröffnet werden. Der Fortsetzung des Baues der Donauuferautobahn in Richtung Reichsbrücke kommt größte Bedeutung zu. Im Einvernehmen mit der Bevölkerung sollen in verschiedenen Bezirken verkehrsberuhigte Zonen gestaltet werden. Insgesamt bezeichnete HOFMANN diese Maßnahmen als bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der großstädtischen Lebensqualität. Abschließend dankte er allen Mitarbeitern seines Ressorts für ihre Arbeit im Dienste der Wienerinnen und Wiener.  
(Forts.) gab/ko

JNNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

15 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Der Fahrgastzuwachs von 17 Prozent bei den öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine erfreuliche Entwicklung, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Er ist vor allem auf den Ausbau des U-Bahn-Netzes und auf die Einführung der Netzkarten zurückzuführen. Man soll sich damit aber nicht zufrieden geben. In Hamburg und Stockholm fahren noch viel mehr Menschen mit Netzkarten. Das U-Bahn-Netz soll konsequent weiter ausgebaut werden. Die U 1 erreicht derzeit weder dicht bebaute Stadtrandgebiete, wie Rennbahnweg, Großfeldsiedlung, Leopoldau und Per-Albin-Hansson-Siedlung, noch die wertvollen Naherholungsgebiete Laaer Berg und Oberlaa. Pawkowicz brachte zwei ANTRÄGE ein, die U 1 im Norden nach Leopoldau zur S-Bahn und im Süden unter dem Laaer Berg durch zur Per-Albin-Hansson-Siedlung und zum Zentrum Oberlaa zu verlängern.

In zahlreichen Naherholungsgebieten, wie zum Beispiel auf der Donauinsel, gibt es schon Radwege. Offen bleibt jedoch, wie man mit dem Rad dorthin gelangt, weil der Stadtverkehr für Radfahrer manchmal bereits lebensgefährlich geworden ist. Internationale Erfahrungen (München, Hamburg, Stockholm) zeigen, daß der Fahrradtransport in der U-Bahn keine Probleme mit sich bringt. Pawkowicz stellte den ANTRAG, den Fahrradtransport mit der U-Bahn zu ermöglichen.

Wenn die U 3 im 3. Bezirk, wie derzeit vorgesehen, in offener Bauweise errichtet wird, ist mit einem siebenjährigen gigantischen Umleitungszirkus zu rechnen. Die Landstraßer Hauptstraße würde ihre Bedeutung als drittgrößte Einkaufsstraße Wiens verlieren. Pawkowicz BEANTRAGTE, die U-Bahn im 3. Bezirk in geschlossener Bauweise zu errichten. Die Baugrube soll in die Weißkirchnerstraße vor dem Museum für angewandte Kunst verlegt werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Straßenbahnlinien "J" und "T" könnten dann, so PAWKOWICZ, über Invalidenstraße, Heumarkt, Lothringenstraße und Schwarzenbergplatz zum Ring geführt werden. Die Umleitung des Autoverkehrs durch bisher verkehrsarme Wohngebiete könnte entfallen.

In der Mariahilfer Straße würde die Errichtung der U 3 in offener Bauweise zu einer entscheidenden, langfristigen Behinderung des Geschäftslebens führen. Zahlreiche Inhaber und Mitarbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe wären in ihrer Existenz bedroht. Pawkowicz stellte den ANTRAG, die U 3 in geschlossener Bauweise unter der Lindengasse zu errichten, wobei die Ausgänge aber in die Mariahilfer Straße führen sollten.

Der Einstandspreis für sowjetisches Erdgas wurde in der letzten Zeit mehrmals gesenkt. Im Gegensatz zu früheren Erhöhungen der Erdgaspreise wurden die Preissenkungen aber nicht an die Verbraucher weitergegeben. Begründet wurde dieses Verhalten mit dem Hinweis, daß die ÖMV ihre Preise für inländisches Erdgas angehoben habe. Pawkowicz stellte den ANTRAG, die bei ausländischem Erdgas eingetretenen Preisermäßigungen in vollem Umfang an die Verbraucher weiterzugeben. Mit der ÖMV sollen Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, die exorbitanten Preissteigerungen bei inländischem Erdgas zu reduzieren. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) bezeichnete es als ungeschickt, daß die Wiener Polizei am ersten Einkaufssamstag gegen Parksünder rigoros vorgegangen ist. Die Folge könnte sein, daß Wiener Kaufkraft ins niederösterreichische Umland abwandert. Man müßte, meinte Daller, an den Einkaufssamstagen vernünftige Parkregelungen und eventuell auch Einbahnregelungen in den Geschäftsvierteln überlegen.

In den Nachtstunden kommt es immer wieder zu Unfällen auf Fußgängerübergängen, weil diese nicht ausreichend beleuchtet sind. Der Redner stellte den ANTRAG, dafür zu sorgen, daß nicht ampelgeregelte Fußgängerübergänge während der Nacht ausreichend ausgeleuchtet werden.

Daller trat für eine bessere Koordination der Wiener Ampelanlagen auf den Hauptverkehrsstraßen ein. In einem ANTRAG forderte er eine regelmäßige Überprüfung und Koordinierung der Ampelanlagen, um die Flüssigkeit des Individualverkehrs zu gewährleisten.

Auf den Schnellstraßen und Stadtautobahnen kommt es, wie Daller weiter ausführte, wegen Geschwindigkeitsübertretungen häufig zu schweren Unfällen. Aus diesem Grund forderte GR. Daller in einem ANTRAG den Verkehrsstadtrat auf, sich dafür einzusetzen, daß die Polizei eine konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkungen auf dem hochrangigen Wiener Straßennetz durchführt. Dabei sollten auch verstärkt mobile Radarüberwachungsanlagen eingesetzt werden. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die 1,4 Milliarden für den Bau der Brigittenauer Brücke bezeichnete GR. DALLER als "hinausgeschmissenes Geld". Die Frequenz sei äußerst dürftig. "Die Volkspartei wird keine Zustimmung zu einem Straßenprojekt über die alte Donau als Verlängerung der Brigittenauer Brücke geben", sagte DALLER.

Der Redner beklagte den Rückgang der Mittel für Investitionen und Erhaltungskosten der Gemeindestraßen im Budget 1983. "Die erforderlichen Mittel werden nicht bereitgestellt", meinte DALLER, "damit ist die Verkehrskonzeption für Wien sinnlos." (Forts.)

fk/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER (SPÖ) sagte, er vermisse in den Ausführungen von GR. DALLER positive Feststellungen. Die sozialistische Fraktion sei nie angestanden, positive Vorschläge der Opposition zu integrieren. Dies wurde von der ÖVP nicht anerkannt. Vizebürgermeister Dr. Busek habe zwar in einem Pressegespräch die Gründe genannt, warum er das Budget ablehnt, er sei aber kaum jemals im Gemeinderat anwesend gewesen, wo das Budget begründet wurde.

Die ÖVP mache sich Sorgen, was alles gebaut werden sollte, sagte Rautner weiter, während sie gleichzeitig "mehr Lebensqualität durch weniger Beton" fordere. Wenn von lärmgequälten Bewohnern verschiedener Straßen gesprochen wird, müsse man auch von der Südost-Tangente sprechen und die Erleichterungen, die sie den Bewohnern der Schlachthausgasse brachte. Den Bau des Flötzersteiges habe die ÖVP vor einiger Zeit gefordert, nun sei sie dagegen, aber die lärmgeplagten Bewohner der Hadikgasse seien ihr gleichgültig. Die von Daller als "unnötig bezeichnete Brigittenauer Brücke sei von den Wienern sehr gerne angenommen worden. Er verwies darauf, daß der Arlbergtunnel nur die Hälfte der Frequenz der Brigittenauer Brücke habe und daß in den westlichen Bundesländern kostspielige Straßenbauprojekte verwirklicht wurden und werden, während Wien weit hinter dem geplanten Straßennetz nachhinkt. Bezugnehmend auf Bedenken gegen das Abschleppen meinte Rautner, Verkehrssünder müßten damit rechnen, abgeschleppt zu werden. Solche Leute täten ihm nicht leid.

Im zuständigen Ausschuß habe sich die ÖVP gegen Bodenuntersuchungen im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 ausgesprochen- dies sei ein Willkürakt sondergleichen gewesen. Bei der Donauinsel habe die ÖVP von Gigantomanie gesprochen, heute sei sie dafür, und sie spricht auch bei der UNO-City von Gigantomanie, obwohl deren Bedienstete 2,5 Milliarden in Wien ausgeben. Die ÖVP lehne Maßnahmen ab, bis sie erkenne, daß sie notwendig sind, und spreche dann nicht mehr darüber. Rautner forderte die ÖVP zur Mitarbeit auf. (Forts.) and/gg



Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Erst durch die Bürgerinitiative Landstraße sind die Techniker der U-Bahngruppe daraufgekommen, daß die U 3 auf den unsicheren Grund des Wienerneustädter Kanals projektiert ist, erklärte GR. Mag. KAUER (ÖVP). In der Bezirksvertretung Landstraße hat die ÖVP vier Anträge zur Überprüfung der U-Bahn-Trasse gestellt, die alle einstimmig angenommen wurden. Der ÖVP geht es darum, gemeinsam mit dem Bürger zu planen und zu bauen. Die Rathaus-SPÖ beschließt dagegen mit der "Walze der Mehrheit". Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit schaut so aus, daß die SPÖ gemeinsam beschlossene Pläne am nächsten Tag in einer Pressekonferenz als SPÖ-Projekte vorstellt. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Ing. KREINER (ÖVP) kritisierte, daß die Verkehrsbetriebe von den anderen Betrieben der Wiener Stadtwerke in hohem Ausmaß subventioniert werden. Dies führt zu nicht gerechtfertigten Tarifierhöhungen. In den letzten fünf Jahren wurden über 7 Milliarden durch Tarifierhöhungen der Stadtwerksbetriebe zur Subvention der Verkehrsbetriebe hereingebracht. Ein Vergleich des Wirtschaftsplanes 1983 mit dem Vorjahr sei falsch, weil darin die Tarifregulierung der E-Werke von 1982 nicht enthalten sind. De facto ergibt sich kein geringerer Verlust der Wiener Stadtwerke wie er in den Medien veröffentlicht wurde, sondern ein höherer Verlust. In den letzten fünf Jahren gab es erhebliche Preissteigerungen: der Strompreis stieg um 41 Prozent, der Gaspreis um 55 Prozent, der Fahrschein um 50 Prozent. Ungenügende Vorsorge wurde in der Energiewirtschaft getroffen. Die ÖVP ist gegen die ungerechtfertigte Belastung der Energieversorgungsunternehmen zugunsten der Verkehrsbetriebe, gegen die ungebührenden Tarifierhöhungen und gegen die ungenügende Entschuldung der Verkehrsbetriebe. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) nahm zu Fragen der Verkehrspolitik Stellung. Als wesentliche Kriterien nannte Regler die noch immer steigende Anzahl der PKW, den Stellplatzmangel, die große Umweltbelastung, die Behinderung des öffentlichen Verkehrs durch den Individualverkehr und den Rückgang der Fußgängerflächen. Als langfristige Lösung bezeichnete Regler den Rückgang des Verkehrsaufkommens durch eine polizentrische Stadtentwicklung. Kurzfristig sei auf jeden Fall eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel anzustreben. In diesem Sinne forderte Regler die Anbindung der Vorortelinie an die U 4 im Wiental sowie die Verlängerung der S-Bahn bis zur Hofwiesengasse und schließlich die Schließung des Schnellbahnringes im Westen Wiens. Längerfristig sollte das Wiener Schienennetz zu drei S-Bahn-Ringen ausgebaut werden. Im Bereich der U-Bahn forderte Regler den weiteren Aufzugsbau an den Stationen und wies darauf hin, daß die von der FPÖ eingebrachten Anträge bezüglich des Fahrradtransportes in der U-Bahn und der Verlängerung der U 1 von der ÖVP bereits vorgebracht worden seien. Die für die Beschleunigung der Straßenbahn im Jahr 1983 bereitstehenden Mittel von 31,5 Millionen bezeichnete Regler als ungenügend. Er sprach sich auch für die Beibehaltung durchgehender Straßenbahnlinien und für eine dichtere Zugsfolge aus. Ebenso sollte das periphere Autobusnetz in dichteren Intervallen verkehren. Regler begrüßte die Abstimmung des Autobusnetzes auf die U-Bahn und forderte schließlich verstärkte Bemühungen um Park-and-ride-Plätze, die Verwirklichung des Verkehrsverbundes, den Garagenbau, die Einrichtung von Signalanlagen und um verkehrsberuhigende Maßnahmen im nachgeordneten Straßennetz. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die erfreuliche Fahrgastentwicklung bei den Verkehrsbetrieben war es möglich, das Defizit zu verringern, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPÖ). Die U-Bahn ist das attraktivste Verkehrsmittel in der Stadt. Allein die U 1 verzeichnet eine Frequenzzunahme seit der Verlängerung nach Kagran um 21,6 Prozent. Die Platzkilometer sämtlicher öffentlicher Verkehrsmittel sind um 3,3 Prozent gestiegen. Das Grundnetz der U-Bahn kostete 22 Milliarden Schilling. Im nächsten Jahr stehen für den U-Bahn-Bau 1,6 Milliarden zur Verfügung. Die Fortsetzung des U-Bahn-Baus wird auf Jahre hinaus zahlreiche Arbeitsplätze sichern. 1983 ist eine große U-Bahn-Werbeaktion geplant, bei der Gruppen und zehntausend Einzelpersonen die Möglichkeit zu Gratisfahrten haben werden.

Die Tarifreform der Verkehrsbetriebe war sehr erfolgreich. Während früher rund 47 Prozent der Wiener regelmäßig oder fallweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, sind es heute 52 Prozent.

HENGELMÜLLER brachte einen Vergleich der Netzlängen und Tarife in drei österreichischen Städten: Während in Wien bei einer Netzlänge von 702 Kilometern die Monatsnetzkarte 320 Schilling kostet, beträgt der Preis in Graz bei einer Netzlänge von 132 Kilometern 577 Schilling und in Klagenfurt bei einer Netzlänge von 60 Kilometern 560 Schilling. Die Jahresnetzkarte kostet in Wien 3.200 Schilling, in Graz 6.347 Schilling.

Sämtliche U-Bahn-Züge, 90 Prozent der Straßenbahngarnituren und 60 Prozent der Autobusse in Wien sind aus Sicherheitsgründen mit Notsignaltasten ausgestattet. Erfreulich ist der Umstand, daß die Zahl der Schwarzfahrer - nicht zuletzt dank der intensivierten Kontrollen - rückläufig ist.

Kurios sei der von ÖVP-Mandataren begrüßte Vorschlag einer Gruppe "City-in", Straßenbahnlinien quer durch die Innere Stadt, durch die Herrengasse und über den Kohlmarkt, zu führen. (Forts.)  
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

24 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) "Wir können die Autos nicht abschaffen", sagte GR. HAUBENBURGER (ÖVP), "aber wir müssen die Verkehrspolitik so gestalten, daß die Probleme des Individualverkehrs in Grenzen gehalten werden". Der Redner warf der SPÖ vor, einerseits von Umweltbewußtsein zu sprechen, andererseits nach wie vor auf den Bau einer Stelzenautobahn bei der Westeinfahrt, trotz des Nein der Bevölkerung, zu bestehen.

Die Sanierung und Entschuldung der Wiener Verkehrsbetriebe wirkt sich positiv aus. Die Verkehrsbetriebe sind jedoch für die Energieversorgungsbetriebe eine Belastung. "Jeder Energiekunde der Stadt Wien zahlt das Defizit der Verkehrsbetriebe".

Die Energiepolitik bezeichnete GR. HAUBENBURGER als verfehlt. Es gab in den letzten vier Jahren extreme Kostensteigerungen: Bei Strom 58 Prozent, bei Gas 68 Prozent und bei der Fernwärme 98 Prozent. "Eine Sozialkomponente ist bei dieser Tarifgestaltung nicht erkennbar."

Energiesparen und Förderung von Alternativenergie werden leider vernachlässigt. Der Energievorsorge komme immer größere Bedeutung zu. Insoferne begrüße er die Vergrößerung der Speicherkapazitäten.

Die Volkspartei plädiert für ein eigenes Energieressort, dem auch die Heizbetriebe angeschlossen werden müßten. "Das Budget 1983 zeigt auf dem Energiesektor in Teilbereichen positive Ansätze, die sind aber der ÖVP zu wenig. Wir brauchen eine optimale Energiepolitik und werden sie dabei auch unterstützen", sagte der Redner. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erklärte, daß die Neuverschuldung im kommenden Jahr geringer sein werde als die Tilgung. Dies sei auf den Verkauf von bereits bezahltem Speichergas, gezielte Strompreispolitik und günstige Entwicklung bei den Verkehrsbetrieben zurückzuführen. Wäre es nach den Vorstellungen der ÖVP gegangen, hätte es beim Strompreis keinen Kostenausgleich und nicht so günstige Tarife bei den Verkehrsbetrieben gegeben. Nach menschlichem Ermessen sei im kommenden Jahr mit keiner Erhöhung der Energiekosten zu rechnen, betonte RIEDLER. Bezugnehmend auf Gaspreissteigerungen bzw. nicht durchgeführte Preissenkungen verwies Riedler auf die unverhältnismäßig stark angestiegenen Gas-Einstandspreise und die relativ geringen Letztverbraucherpreise. RIEDLER zeigte anhand von Beispielen, daß die Gaspreise in fast allen anderen Städten und Bundesländern Österreichs höher sind. Die Gaspreissenkung in Niederösterreich sei nur für die Industrie vorgenommen worden. Für einheitliche Strompreise innerhalb Österreichs wäre, so RIEDLER, Solidarität zwischen den Bundesländern notwendig.

RIEDLER erklärte zu GR. HAUBENBURGER, die ÖVP sei bei ihrer Energiepolitik inkonsequent, während das Energiekonzept der SPÖ praktikabel sei, da sich bei den E-Werken und den Gaswerken sonst kein Ansatz zu einer Besserung zeigen würde. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte StR. Ing. HOFMANN, daß dem Informationsblatt "24 Stunden" ein Stadtplan mit den Routen der öffentlichen Verkehrsmittel beiliege.

In einer Projektbesprechung haben alle drei politischen Fraktionen der U 3 zugestimmt.

Das Mitnehmen von Fahrrädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln müsse noch überlegt werden. In München muß für das Mitnehmen von Fahrrädern ein relativ hoher Fahrpreis bezahlt werden. An eine Lösung dieser Frage ist in Wien erst nach der Einrichtung des Verkehrsverbundes zu denken. Eine bessere Lösung erscheint Hofmann, daß mehr Radfahrwege ausgebaut werden, die in die Erholungsgebiete führen.

Aus der Fahrgastfrequenz ergeben sich eindeutige Prioritäten für den U-Bahn-Ausbau. Zwischen dem Westbahnhof und der Kundmannngasse werden zu den Spitzenzeiten 15.000 Fahrgäste pro Stunde geschätzt. Zwischen der Großfeldsiedlung und der Endstation Kagran werden es maximal 2.000 Personen sein. Die Priorität liegt daher eindeutig beim Ausbau der U 6 und der U 3.

Der Grünbrücke Kaisermühlen stimmte das Bautenministerium weder zu noch lehnte es ab, da noch kein konkreter Vorschlag an das Bautenministerium ergangen ist. Das generelle Projekt der Uraniabrücke muß noch überarbeitet werden.

Welche Straßenbahnlinien man in Zukunft über den Ring schickt, wird noch zu entscheiden sein: entweder den J-Wagen oder die Linien 52 und 58. Beides geht nicht.

Der öVP-Vorschlag, die Linzer Straße verkehrsmäßig noch stärker zu belasten, sei nicht sehr sinnvoll. (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

=++++

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die 2-er-Linie soll als Gegenfahrbahn zum Ring ausgebaut werden. Notwendige Vorarbeiten wurden bereits geleistet, derzeit sind jedoch keine Budgetmittel vorhanden, erklärte StR. HOFMANN.

Würde man auf die Gürtelautobahn ersatzlos verzichten, müßten sämtliche Straßeneinbauten auf dem Gürtel von der Stadt Wien bezahlt werden.

Die geringe Frequenz der Brigittenauer Brücke ist darauf zurückzuführen, weil die Brücke momentan in eine Baustelle mündet. Nach Fertigstellung der Donauuferautobahn wird sich die Frequenz über die Brücke sicherlich erhöhen.

Die Stadt Wien hat Vorsorge für genügend Strom getroffen. Ein Standort für ein zusätzliches Umspannwerk steht derzeit noch nicht fest.

Bei der Vorortelinie wurden von den ÖBB große Denkmalschutzauflagen erfüllt. Man solle daher die renovierten Otto-Wagner-Stationen nicht durch Lärmschutzeinrichtungen verdecken.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1983 wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Zwei ANTRÄGE der FPÖ wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Schluß) ba/ap

Mit der Budgetdebatte und der Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde die erste Sitzung des Gemeinderates beendet. Im Anschluß daran wird der Gemeinderat seine zweite Sitzung über die restliche Tagesordnung aufnehmen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Anträge

=++++

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPö) begann die zweite Sitzung des Gemeinderates mit der restlichen Tagesordnung. Folgende Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen: ein Antrag der FPö bezüglich Verlängerung der U 1 bis Oberlaa, ein Antrag der FPö bezüglich Verlängerung der U 1 bis zur S-Bahn Leopoldau, ein Antrag der FPö bezüglich Revision der Planung der U 3 in Mariahilf, ein Antrag der FPö bezüglich Revision der Planung der U 3 im 3. Bezirk, ein Antrag der öVP bezüglich Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Wien, ein Antrag der öVP bezüglich Gleichstellung der Studenten der Akademien im Bezug auf die Bädertarife, ein Antrag der öVP bezüglich Koordinierung der Ampelanlagen in Hauptstraßen, ein Antrag der öVP bezüglich ausreichender Beleuchtung von Fußgängerübergängen und ein Antrag der öVP bezüglich Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit in Wiener Straßen. (Forts.) gab/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Ankauf eines Grundstückes

=++++

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) beantragte den Kauf eines Grundstückes in Simmering im Ausmaß von 63.500 Quadratmeter für die Wiener E-Werke. Wie sie betonte, wurde der Antrag im Ausschuß einstimmig angenommen.

StR. GOLLER (ÖVP) erklärte, die ÖVP habe bei näherer Beschäftigung mit dem Akt im Stadtsenat bemerkt, daß es sich hier um einen Rückkauf von der Firma Denzel handelt. Das Grundstück wurde im Jahr 1976 um 29 Millionen im Rahmen der Betriebsansiedlung verkauft und nun um 51 Millionen zurückgekauft, was Mehrkosten von 22 Millionen bedeutet. Daher kann die ÖVP diesem Akt nicht zustimmen.

GR. KNEISLER (SPÖ) sagte, beim Grundstückverkauf habe es eine Auflage zur Errichtung von Betriebsanlagen gegeben, der die Firma Denzel nicht nachgekommen ist. Für diesen Fall sei ein Wiederankaufsrecht durch die Gemeinde im Kaufvertrag verankert gewesen. Nun habe man das Grundstück für die E-Werke benötigt und nach zähen Verhandlungen könne man nun den Rückkauf bewerkstelligen. Der Preis entspreche der Valorisierung und der Ablöse der Investitionskosten.

In einer zweiten Wortmeldung betonte StR. GOLLER (ÖVP), daß sich die Stadt hier in eine Lage manövriert habe, die sie zwingt, dieses Grundstück wieder anzukaufen. Ein schlechtes Betriebsansiedlungskonzept koste in diesem Fall den Steuerzahler 22 Millionen Schilling.

GR. Maria KUHN (SPÖ) verwies in ihrem Schlußwort auf die Darstellungen ihrer Vorredner und erbat die Zustimmung zu diesem Akt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)

gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Grundstückskauf für Pensionistenheim

=++++

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte den Kauf einer Liegenschaft in der Brigittenau von der gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Wohnbau" für den Bau eines Pensionistenheimes.

GR. KUCHAR (FPÖ) kritisierte die Höhe des Kaufpreises. Dieser Ankauf zeigt, daß bei der Gemeinde Wien im Bereich des Grundstückswesens manches schief läuft. Im Hinblick auf den Zweck des Grundstückskaufes und den idealen Standort für ein Pensionistenheim werde die FPÖ dem Antrag allerdings trotzdem zustimmen.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) bezeichnete den Standort für das geplante Pensionistenheim ebenfalls als sehr gut. Es sei aber unverständlich, daß die Gemeinde Wien aus zweiter Hand und viel zu teuer kauft. Die "Wohnbau" zahlte im Dezember 1981 18,4 Millionen, jetzt beträgt der vergleichbare Kaufpreis 20,6 Millionen. Ein derart hoher Kaufpreis sei einfach nicht vertretbar.

GR. LACINA (SPÖ) stellte fest, daß die einstimmigen Beschlüsse im Kuratorium Wiener Pensionistenheime und in der Brigittenauer Bezirksvertretung über die Errichtung des Pensionistenheimes auf diesem Standort erst im Jahr 1982, also nach dem Kauf des Grundstückes durch die "Wohnbau", gefaßt wurden. Die Angemessenheit des Preises, der auch noch andere Leistungen beinhaltet, wurde von der Magistratsabteilung 40 bestätigt. Kein anderes Grundstück im 20. Bezirk ist für den Bau eines Pensionistenheimes so geeignet wie dieses. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Grundstückskauf für Pensionistenheim

=++++

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. GOLLER (ÖVP) betonte, daß die ÖVP für den Bau des Pensionistenheimes sei. In der Höhe des Kaufpreises könne sie jedoch nur eine Grundstücksspekulation sehen. Innerhalb eines Jahres stieg der Quadratmeterpreis von 4.000 auf mehr als 5.000 Schilling. Man hätte mit der "Wohnbau" auch ein Grundstück tauschen können.

In seinem Schlußwort wies GR. MRKVICKA den Vorwurf der Grundstücksspekulation zurück. Der Kaufpreis beträgt nur 4.766 Schilling pro Quadratmeter. Die Möglichkeit, das Pensionistenheim auf einem anderen Grundstück zu errichten, wurde untersucht. Doch gibt es im 20. Bezirk keine andere Liegenschaft, die so geeignet und um einen vergleichbaren Preis käuflich ist.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Marktordnungsnovelle

=++++

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEISLER (SPÖ) beantragte die Abänderung des Marktgebührentarifes. Da die Energie- und Personalkosten gestiegen sind, droht die Kostendeckung unter die 20 Prozentmarke zu sinken. Die Erhöhung beim Fleischmarkt beträgt 5,5 Prozent, bei den sonstigen Märkten zwischen 5,88 und 14,29 Prozent.

GR. SCHNEIDER (ÖVP) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung bei den Fleischmärkten, bezeichnete jedoch die Tarifierhebung für die anderen Märkte als hoch.

SCHNEIDER machte sich Sorgen um die Lage des Landstraßer Marktes und des Augustiner Marktes auf dem Rochusplatz während der Bauarbeiten für die U 3. Es muß alles unternommen werden, daß die Umsatzeinbußen nicht nur während der Bauzeit sondern auch später so gering wie möglich sind.

ABSTIMMUNG: Über die Vorlage wurde getrennt abgestimmt.

Der Tarifänderung für die Fleischmärkte wurde einstimmig angenommen, alle übrigen Tarife mit den Stimmen der SPÖ. (Forts.)  
fk/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Studie "Jugend in der Großstadt"

=++++

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Subvention von 400.000 Schilling zur Durchführung der Studie "Jugend in der Großstadt".

GR. FÜRST (ÖVP) erklärte, seine Fraktion sei mit der Form, in der dieser Antrag ausgearbeitet wurde, nicht einverstanden. Dabei gehe es nicht um die Studie an sich, denn obwohl es ähnliche Untersuchungen bereits gebe, könne ein Vergleich aufschlußreich sein.

Zu kritisieren sei die Vorgangsweise: das IFES habe mit dem Statistischen Amt der Stadt Köln Vorleistungen erbracht, und das IFES als, wie es im Antrag heißt, rein kommerzielles Unternehmen, vorausgesetzt, daß sich die Stadt Wien an diesem Projekt beteiligt. Hat es Vorgespräche mit der Stadt Wien gegeben, fragte FÜRST? Gibt es schon Zusagen? FÜRST sprach von Vermischungen zwischen Politik und Geschäft ähnlich wie bei der AKH-Planung. "Nach Mediplan, ÖKODATA und 'Geschichten von Dr. Kreisky' sei die ÖVP nun sehr vorsichtig, solche Projekte unbesehen zu akzeptieren. Daher solle jenen die Verantwortung überlassen werden, die schon jetzt die Verantwortung tragen."

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. HANKE, GR. FÜRST haben diesen Akt zum Anlaß für Äußerungen genommen, die mit dem Geschäftstück nichts zu tun haben. Im Gemeinderatsausschuß habe die ÖVP keinen Einwand dagegen gehabt. Nun seien von weither Argumente geholt worden, um dieses Projekt abzulehnen. HANKE verwies darauf, daß Köln, Bremen, Dortmund und Linz bei diesem Vorhaben mitmachen und andere Städte eine Teilnahme überlegen. Es gehe darum, Jugendprobleme mit wissenschaftlichen Untersuchungen zu überprüfen. Gerade bei wissenschaftlichen Untersuchungen seien Ausschreibungen jedoch problematisch, zumal in dieser Angelegenheit bereits als Basis eine gute Kooperation zwischen dem IFES und dem Institut für Jugendkunde herrsche.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Theatersubventionen

=++++

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Reparaturen, Renovierungen und Investitionen in Wiener Theatern beantragte GR. WINDHAB (SPÖ) eine Subvention von insgesamt 15,5 Millionen Schilling.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) ersuchte um getrennte Abstimmung der einzelnen Theatersubventionen, da die ÖVP der Subvention für die "Komödianten" nicht zustimmen wird. Es geht dabei nicht um einen inhaltlichen Vorbehalt der ÖVP, sagte Kauer, sondern darum, daß mit der Subvention eine Theaterwerkstatt im Goethehof finanziert werden soll. Es sei ein Unfug, daß Bühne und Theaterwerkstatt soweit auseinander liegen.

In seinem Schlußwort stellte GR. WINDHAB fest, daß eine Arbeit an den Kulissen im Theaterhaus der Komödianten von der Baupolizei nicht genehmigt wurde. Es sei unmöglich, in der Nähe des Künstlerhauses einen Werkstättenraum mit halbwegs passabler Miete zu finden. Der Werkstättenraum im Goethehof sei die beste und kostengünstigste Lösung.

ABSTIMMUNG: Die Theatersubventionen ausgenommen der für die "Komödianten" wurden einstimmig genehmigt. Die Subvention für die "Komödianten" wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)  
Utl.: Freie Bühne Wieden  
=++++

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) beantragte einen einmaligen Sonderzuschuß von 300.000 S zur Abdeckung von Schulden der Freien Bühne Wieden. Die Schulden belaufen sich auf rund 600.000 S, die andere Hälfte trägt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, der Gemeinderat habe schon oft Zuschüsse für die Freie Bühne Wieden beschlossen. Hier liege das unvertretbare Ansinnen vor, Schulden an die Krankenkasse und sogar an den Steuerberater von Topsy Küppers der Öffentlichkeit aufzuhalsen. Im Interesse der Steuerzahler müsse man dazu "Nein" sagen.

GR. PROCHASKA (ÖVP) bezeichnete Topsy Küppers als Politpriviligierte der SPÖ. Obwohl sie immer geleugnet habe, Mittel der öffentlichen Hand zu erhalten, komme sie nun abermals mit einer Forderung und überlasse hunderttausende Schilling Schulden der öffentlichen Hand.

In einer "tatsächlichen Berichtigung" wies Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ) die Unterstellung von ÖVP-Gemeinderat PROCHASKA mit Nachdruck zurück, daß sich er, Mayr, der Gunst von Topsy Küppers "erfreue".

In seinem SCHLUSSWORT wies GR. WINDHAB auf die Kunst von Topsy Küppers als engagierte Chansonette hin. Die Schulden seien durch ihre Ungeschicklichkeit entstanden, da sie nicht regelmäßig um Zusatzsubventionen eingekommen sei. Die Freie Bühne Wieden sei ein integrierter Bestandteil des Wiener Theaterlebens.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Zinsenzuschuß für ÖFB

=++++

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPö) beantragte die Gewährung eines Zinsenzuschusses für ein Darlehen der Zentralsparkasse an den österreichischen Fußballbund. Für die Jahre 1981 und 1982 beträgt der Zuschuß 1,097.000 Schilling.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß die Kosten für die Adaptierung der VIP-Klubräume im Stadion laut Präsident Sekanina durch Beiträge der Klubmitglieder aufgebracht werden sollten. Zur Finanzierung wurde ein Kredit von zehn Millionen aufgenommen. Jetzt stellt sich heraus, daß der exklusive VIP-Klub Schwierigkeiten hat, den Kredit zurückzuzahlen, und die Stadt Wien soll nun - sozusagen als Mäzen der Mäzene - den Zinssatz von 11,5 auf vier Prozent heruntersubventionieren. Dies sei eine ausgesprochene Zumutung, die mit Sportförderung überhaupt nichts zu tun habe.

Es kann nicht im Interesse der Wiener Steuerzahler liegen, Wiener Steuergelder für den ÖFB zur Verfügung zu stellen, sagte GR. ARTHOLD (ÖVP), während Wiener Vereine sich darum sorgen müssen, vom ÖFB die ihnen zustehenden Toto- und Weltmeisterschaftsgelder zu bekommen. Die finanziellen Probleme im ÖFB müsse sich Sekanina schon selber lösen.

StR. SCHIEDER stellte fest, daß die Gewährung eines Zinsenzuschusses, um Investitionen und Ausgestaltungen zu ermöglichen, eine in sehr vielen Bereichen übliche Maßnahme ist. Die Räume des VIP-Klubs sind nur bei Länderspielen dessen Mitgliedern vorbehalten. Bei allen anderen Veranstaltungen stehen sie der Stadt Wien unentgeltlich zur Verfügung und helfen mit, die Attraktivität des Stadions zu heben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Zinsenzuschuß für ÖFB

=++++

38 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Ausgestaltung dieser Räumlichkeiten im Stadion - wie sie für Ehrengäste, Journalisten etc. überall üblich sind - brachte also auch Vorteile für die Stadt Wien, betonte SCHIEDER. Die Mittel für den Zinsenzuschuß stammen nicht aus der Sportförderung und wurden schon seinerzeit bei der Budgetplanung für das Jahr 1982 vorgesehen.

GR. LUDWIG erklärte in seinem SCHLUSSWORT, daß es uns natürlich lieber wäre, wenn sich der VIP-Klub selbst erhielte und darüber hinaus Zuschüsse für den Sport leisten könnte, aber man soll nicht so tun, als ob ein solcher Zuschuß nicht auch in anderen Bereichen üblich wäre.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.  
(Forts.) ger/rb

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Wassergebühr

=++++

39 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Neufestsetzung der Wassergebühr von 8,80 Schilling auf 9,80 Schilling je Kubikmeter. Berechnungen haben ergeben, sagte StR. Mayr, daß ohne Neuregelung der Wassergebühr die Kostendeckung knapp 89 Prozent erreiche. Die Erhöhung um einen Schilling pro Kubikmeter Wasser sei erforderlich, damit die Kostendeckung knapp unter 100 Prozent liegt.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies darauf, daß die Wasserwerke im Jahr 1983 ohne die jetzt beantragte Erhöhung einen Überschuß von 430 Millionen erwirtschaften, dennoch kalkuliere die Finanzverwaltung mit dem Argument "nicht kostendeckend". Zu diesem Ergebnis komme die Finanzverwaltung, weil sie zu den veranschlagten Ausgaben inklusive Investitionen auch noch die Abschreibung und die Verzinsung der Anlagekosten dazurechnet. "In abenteuerlicher Weise ist es gelungen, jährliche Zinsen von 531 Millionen zu veranschlagen". Bei der Wasserleitung zahlen dabei die Wiener die Anlagen fast dreimal. "Bei objektiver Beurteilung ergibt sich schon jetzt eine große Überdeckung. Die Erhöhung mit 11,3 Prozent ist doppelt so hoch wie die Teuerungsrate", schloß Hirnschall. (Forts.) fk/rb



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Wassergebühren

=++++

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) sagte, ohne exakte Prüfung der Unterlagen könne seine Fraktion keine Zustimmung geben. StR. MAYR unterlasse es, seinem Antrag Unterlagen beizufügen, die eine gewissenhafte Prüfung der Kostendeckung erlauben. "Wir lehnen kalkulatorische Zinsen ab, damit wird der Steuerzahler zweimal zur Kassa gebeten", betonte DALLER. Die Wassergebühr ist damit seit 1976 um 98 Prozent gestiegen, während der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum um nur 39 Prozent gestiegen ist, hob DALLER hervor. "Mit überhöhten Tarifen und Entgelten wird die Bevölkerung geschädigt."

StR. MAYR stellte fest, daß der Voranschlag nach den Richtlinien der Kameralistik erstellt wird. Das sage nichts über die Vermögenswerte aus, die zu verzinsen und wieder hereinzubringen sind.

Der größte Teil der Vermögenswerte der Wasserwerke liege in den Nahversorgungsleitungen und erreiche Milliardenhöhe. Die Berechnung der Kostendeckung wird über Anregung des Rechnungshofes erstellt. Auch die Richtlinien des Wasserwirtschaftsfonds sind einzuhalten. Da ein Mehrverbrauch nicht zu erwarten sei, sind die Anlagen mit den Einnahmen des gleichbleibenden Verbrauches zu finanzieren. Zu den Vorwürfen von GR. DALLER bezüglich der Berechnung sagte StR. MAYR, die Berechnungsmethode liege offen dar. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Baubetreuungsverträge

=++++

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MICHALICA (SPÖ) BEANTRAGTE die Genehmigung von Baubetreuungsverträgen für Wohnbauten im 6. Bezirk, Millergasse, im 20. Bezirk, Vorgartenstraße 31 bis 35 und Engerthstraße 58, im 10. Bezirk, Hebbelplatz-Schleiergasse sowie im 12. Bezirk, Hetzendorfer Straße 118 und Schlöglgasse 63, durch die URBANBAU und die SOZIALBAU.

StR. Dr. GOLLER (ÖVP) sagte, die ÖVP sei nicht gegen die Errichtung von kommunalen Wohnbauten - die Sachkredite wurden bereits beschlossen -, aber sie sei gegen die vier Baudurchführungsverträge, wovon die SOZIALBAU 308 Wohnungen und die URBANBAU 23 Wohnungen erhält. Die mehr als 300 Wohnungen für die SOZIALBAU seien wohl ein erster Ersatz für ein verlorenes Geschäft auf den Steinhofgründen. GOLLER verwies darauf, daß für das dortige Wohnbauprojekt mit insgesamt rund 900 Wohnungen der Baubetreuungsvertrag vor der Durchführung der Volksbefragung abgeschlossen wurde. Deshalb hätten mehr als zehn Millionen an die SOZIALBAU gezahlt werden müssen. Jetzt solle wieder ein Geschäft unter politischen Nahverwandten abgeschlossen werden. Diese Genossenschaft sei offenbar wichtiger als die gemeindeeigene GESIBA, die Partei habe also Priorität vor der Stadt. Bei den Verhandlungen der jeweiligen Architekten mit der städtischen Wohnbaudienststelle sei auch immer ein Vertreter der Baubetreuungsgesellschaft anwesend, der dort das große Wort führe. Diese mache die Ausführungsplanung. Damit gehe die Kreativität des Architekten in der Qualität der Arbeit verloren. Die Architekten müßten bis zum Schluß eingeschaltet bleiben. GOLLER verwies darauf, daß andere Baubetreuungsgesellschaften billiger arbeiten. Daher sollte der Bürgermeister die Beschlußfassung dieses Geschäftsstückes aussetzen, um Nachteile für die Stadt zu verhindern. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Baubetreuungsverträge

=++++

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, der plötzliche Boom an Baubetreuungsverträgen sei auf das Sonderwohnbauprogramm und auf den forcierten Planungsvorlauf bei anderen Wohnbauten der Stadt Wien zurückzuführen. Baubetreuungsverträge werden abgeschlossen, wenn der Bauherr die Aktivitäten nicht selbst durchführen kann. Für die ÖVP sei die SOZIALBAU und alles, was mit Sozialisten besetzt ist, ein Reizwort. Das sei eine Diffamierung der qualifizierten Mitarbeiter der SOZIALBAU und der URBANBAU. Was wird sein, fragte LUDWIG, wenn ein solcher Vertrag mit der SEG abgeschlossen wird. Die ÖVP wolle die Geschäftsstücke anrühmig machen. Gegen solche Diffamierungen wehre sich die SPÖ entschieden.

In seinem SCHLUSSWORT wiederholte GR. MICHALICA, die Baubetreuungsverträge würden nicht deshalb abgeschlossen, weil man mit den Leistungen der Magistratsabteilung 24 nicht einverstanden wäre, sondern um Belastungsspitzen zu bewältigen.

ABSTIMMUNG: Die vier Geschäftsstücke wurden einzeln abgestimmt und mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Wirtschaftssubvention

=++++

43 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Ein zinsensfreies Darlehen in der Höhe von zwei Millionen Schilling BEANTRAGTE GR. KNEIDINGER (SPö) für die Firma Preßwerk Hans Legat Ges.m.b.H. Das Land Niederösterreich und der Bund gewähren ebenfalls je zwei Millionen zur Unterstützung des Unternehmens.

Vor einiger Zeit wurde im Wiener Gemeinderat ebenfalls eine Wirtschaftssubvention gewährt. Damals ging es um die Ankerbrotfirma, damals hat die öVP nicht mitgestimmt, stellte GR. SALLABERGER (SPö) fest. Die Firma Legat hat in Wien 100 und in Niederösterreich 30 Beschäftigte. Schon einmal erhielt die Firma umfangreiche Förderungen als sie nach Niederösterreich expandierte. Nun wird erneut ein Zuschuß von insgesamt acht Millionen Schilling gewährt. Bei der Firma Ankerbrot ging es um den Ausbau eines gesunden Unternehmens mit 1.800 Beschäftigten. Heute geht es um die Sanierung eines kranken Betriebes mit 130 Beschäftigten. Trotzdem wird die öVP diesem Antrag ihre Zustimmung geben. Warum, fragte GR. SALLABERGER? Offensichtlich deswegen, weil ein Geschäftsführer der Firma Legat Wirtschaftsbund-Funktionär ist.

Der Grund für die unterschiedliche Haltung der öVP liegt darin, daß die Subventionierung der Ankerbrotfirma gegen die Wettbewerbsgleichheit verstieß, erklärte Dkfm. Dr. WÖBER (öVP). In Wien gibt es 670 Betriebe des Konditorei- und Bäckereigewerbes mit über 5.700 Beschäftigten, die keine Subvention erhielten. Mit der Unterstützung der Ankerbrotfabrik wurde ein Präjudiz geschaffen.  
(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Wirtschaftssubvention

=++++

44 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Theoretisch könne nun jeder Betrieb eine Förderung der Stadt Wien erhalten, stellte GR. WÖBER fest. Die öVP wolle gleiche Chancen für alle Betriebe. Der öVP-Gemeinderat stellte den ANTRAG für wirtschaftsfördernde Maßnahmen der Stadt Wien, die in keine bestehende Kreditaktion eingereicht werden können, in Zukunft objektive Richtlinien und Kriterien zu erstellen. Es soll veröffentlicht werden, unter welchen Voraussetzungen Betriebe zinsensfreie Kredite erhalten. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Wirtschaftssubventionen

=++++

45 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, der Antrag von GR. WÖBER, Kredite an die Wirtschaft nach objektiven Kriterien zu vergeben, sei von der FPÖ in ähnlicher Form schon am 24. Oktober bei der Ankerbrot-Debatte eingebracht worden. Hirnschall meinte, es gebe heute viele ähnlich gelagerte Fälle in der Wirtschaft, daher brauche man Richtlinien für die Vergabe der Förderung. Er freue sich, in der ÖVP Mitstreiter gefunden zu haben.

StR. MAYR sagte, es fehle den Oppositionsparteien an den sachlichen Informationen. Alle drei genannten Fälle - Mischek, Ankerbrot und Legat - wurden aufgrund des Arbeitsmarktförderungsgesetzes auf Bundesebene abgehandelt. Im Gemeinderat wurde nur der Beitrag Wiens aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen zur Debatte gestellt.

GR. WÖBER bemerkte in einer abermaligen Wortmeldung zu den Ausführungen von GR. HIRNSCHALL, daß sich der ÖVP-Antrag auf alle Wiener Betriebe und nicht nur auf die Industrie beziehe. Zur Wortmeldung von StR. Mayr sagte Wöber, daß er sich für die Erstellung objektiver Richtlinien aussprechen müsse, wenn im Wiener Gemeinderat über die Vergabe von Mitteln aus dem Wiener Budget entschieden werde.

In seinem Schlußwort sagte GR. KNEIDINGER, daß man auch in Betracht ziehen müßte, daß die Firma Legat wesentliche innovative Maßnahmen gesetzt hat. Die SPÖ messe nicht mit zweierlei Maß, wenn es um die Förderung der Wirtschaft gehe und sei bereit, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Kanalgebührenordnung

=++++

46 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR BEANTRAGTE eine Änderung der Kanalgebührenordnung 1978. Sie bringt eine durchschnittliche Erhöhung um fünf Prozent. Nur die Vernichtungsgebühr für den Aushub aus Öl-, Fett- und Seifenabscheidern wird um 14 Prozent erhöht.

GR. DALLER (ÖVP) erklärte, die ÖVP stimme der Erhöhung sämtlicher Positionen mit Ausnahme der Senkgrubenräumung zu und verlangte deshalb eine getrennte Abstimmung. Der Grund für die Ablehnung einer Erhöhung der Gebühren für die Senkgrubenräumung liege darin, daß die Menschen, die am Stadtrand wohnen und nicht ans öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind, übermäßig belastet werden.

StR. MAYR meinte in seinem SCHLUSSWORT, daß GR. DALLER ein durchaus ernsthaftes Problem angeschnitten habe. Es wäre nämlich auch zu überlegen, ob Bewohner des innerstädtischen Bereichs, wo an hundert Meter Kanal durchschnittlich hundert Haushalte angeschlossen sind, die gleichen Gebühren zahlen sollen wie Bewohner von Siedlungsgebieten, wo an hundert Meter Kanal nur vier Haushalte angeschlossen sind, die daher entsprechend höhere Kosten verursachen.

ABSTIMMUNG: Die Gebührenerhöhung für die Senkgrubenräumung wurde mit den Stimmen der SPÖ, alle anderen 81 Positionen einstimmig beschlossen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Wienerberggründe

=++++

47 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag für einen neuen Flächenwidmungsplan für das Gebiet zwischen Eibenbrunnnergasse, Wienerbergstraße, Triester Straße, Raxstraße, Neilreichgasse und der Trasse der ÖBB-Donauländebahn.

GR. ARTHOLD (ÖVP) bezeichnete die Wienerberggründe als die größte Baulandreserve der Stadt. Er bedauerte, daß das riesige Areal mit den gigantischen Möglichkeiten durch mehr als zehn Jahre die größte "Gstettn" von Wien war. In den Siebzigerjahren ist viel versäumt worden. Damals wären viele Betriebe bereit gewesen, zu investieren. Diese sind in das Industriezentrum in Niederösterreich ausgewichen. Als positiv bezeichnete GR. Arthold die Trennung von Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan. Der Redner forderte Transparenz bei der Vergabe der Sportanlagen an Sportvereine und bei der Neuaufteilung der Kleingärten.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) sagte, die Wienerberggründe seien eine große Chance für ein städtebauliches Gebiet. Nach der Planung müsse nun die Realisierung Schritt für Schritt durchgeführt werden. Die Einmaligkeit des südlichen Wienerberghanges soll erhalten bleiben. Die Kleingärten bleiben erhalten, die Zuweisungen werden sehr gewissenhaft durchgeführt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Wienerberggründe

=++++

48 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) sagte, auf den Wienerberggründen werde das Wettbewerbsergebnis umgesetzt. Es werde dafür gesorgt werden, daß Gebiete als Erholungsraum belassen, Wohnungen gebaut, umweltfreundliche Betriebe angesiedelt und entsprechende Freizeiteinrichtungen geschaffen werden.

In seinem SCHLUSSWORT verwies GR. BROSCHE auf die große Chance, die es aufgrund des Wettbewerbs zu nützen gilt. Die Trennung der Beschlüsse über Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan gebe die Möglichkeit, alle bestehenden Rechte gemeinsam zu berücksichtigen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Abschlußrede des Bürgermeisters

Siehe eigenen Bericht der "RATHAUSKORRESPONDENZ" (RK-Nr. 30)

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 19.55 Uhr geschlossen.  
(Schluß) and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN



Gratz: Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden

Utl.: Weihnachtsansprache des Bürgermeisters

=++++

30 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Daß im abgelaufenen Jahr mehr als 90 Prozent aller Geschäftsstücke des Wiener Gemeinderates einstimmig beschlossen wurden, beweise, daß hier trotz allen Gegensätzen im grundsätzlichen und trotz allen Meinungsverschiedenheiten im Sachlichen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden sei, erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner "Weihnachtsansprache" zum Abschluß der Budgetdebatte.#

Das kommende Jahr werde wie das heurige im Zeichen der Weltwirtschaftskrisenerscheinungen stehen. Allerdings sei es heuer gelungen, ein hohes Beschäftigungsniveau zu halten, was nicht nur auf die Maßnahmen der Bundesregierung und die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Stadt Wien zurückzuführen war, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern. So sei es etwa in Gemeinsamkeit zwischen Wien, der Handelskammer, der Arbeiterkammer, den Gewerkschaften und dem Landesarbeitsamt möglich gewesen, der Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen. Im übrigen könne sich die Wiener Wirtschaft heute auf rund 50 verschiedene Förderungsaktionen stützen, wovon etwa die Hälfte Förderungsaktionen der Stadt Wien sind.

Nach der Phase der gerade angelaufenen öffentlichen Diskussion werde der Gemeinderat im kommenden Jahr als einer seiner wichtigsten Aufgaben den Stadtentwicklungsplan als Vision der Zukunft unserer Stadt zu beraten und zu beschließen haben, erklärte der Bürgermeister. Abschließend dankte er allen Mitgliedern des Landtages, des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen, sowie allen Mitarbeitern des Magistrats, der Stadtwerke, sowie alle Einrichtungen und Betriebe der Stadt Wien für die Arbeit im abgelaufenen Jahr. (Schluß) rö/gg

NNNN